

Kommentare

Zweifelhaftes Vorgehen



Alois Kösters zur Demission des Polizeipräsidenten

Würde die Vorgehensweise des Innenministeriums Schule machen, könnten Führungskräfte im Land Probleme bekommen. Es würde nämlich eine anonyme Anzeige genügen, um sie direkt vom Stuhl zu fegen. Und würde die Staatsanwaltschaft jedes Mal, wenn eine anonyme Anschuldigung eingeht, direkt die Kavallerie schicken, um Beweise zu sichern, könnten wir jede Woche Bilder von Durchsuchungen liefern.

Eine diskrete interne Ermittlung hätte sicherlich genügt, um die recht einfachen Vergehen, um die es geht, zu überprüfen. Wegen eines so vagen Verdachts darf man einen hohen Vertreter der Polizei nicht öffentlich demontieren.

Angesichts der anstehenden Reform, die einen Polizeipräsidenten einspart, und wegen des offensichtlich angespannten Betriebsklimas gab es möglicherweise Handlungsbedarf. Das rechtfertigt allerdings nicht ein solches Vorgehen, mit dem dazu ermuntert wird, anonym mit Dreck zu schleudern. Seite 1 und 3

Teurer Betrugsakt



Silke Janko zu neuen Details der VW-Abgasaffäre

In der Abgasaffäre kommen immer brisantere Details ans Licht der Öffentlichkeit: Wenn der Stuttgarter Zulieferer Bosch von seinem Wolfsburger Auftraggeber die Übernahme von Haftungsrisiken für die Entwicklung der Schummelsoftware verlangte, dürften die US-Richter dies wohl als den eindeutigen Beweis dafür sehen, dass die Abschaltvorrichtung einzig und allein auf Betrug des VW-Kunden ausgerichtet war. Für VW ebenso wie für Bosch dürfte das „schmutzige Geheimnis“ noch teuer werden. Auch Bosch wird mit Schadenersatzforderungen rechnen müssen.

Aus den neuen Details lässt sich inzwischen nur noch schwer erklären, dass das oberste VW-Management von dem Ganzen nichts gewusst haben will. Das ist inzwischen niemandem mehr zu erklären. Die Anwälte der klagenden US-Kunden gehen inzwischen von einer Verschönerung aus. Auch wenn dies theatralisch klingt, ein Betrugsakt zwischen Auftraggeber und Zulieferer war es allemal. Wirtschaft



Karikatur: Kostas Koufogiorgos

Kommentar

Alter Zopf



Oliver Schlicht zur Vorstellung des iPhone 7

Das neue iPhone 7 sorgt für Diskussion vor allem deshalb, weil es etwas nicht hat: eine Klinkenbuchse für Kopfhörer. Das klingt wenig erfreulich, das ist es aber nicht. Ganz im Gegenteil. Die Klinkenbuchse ist ein alter analoger Zopf, den Apple zurecht abschneidet. Schon bald wird diesem Anschluss aus den 1980er Jahren keine Träne mehr nachgeweint werden. Musik über digitale Schnittstellen wird besser klingen. Und Smartphones - mittelfristig nicht nur das iPhone - werden baulich vom Klinken-Wegfall profitieren. Das Fehlen der Klinken schafft Platz für stärkere Akkus und ermöglicht einen besseren Wasserschutz. Für alte Kopfhörer gibt es Adapter. Die Zukunft gehört wohl eher der schnurlosen Bluetooth-Verbindung. Das Abschneiden alter Zöpfe hat bei Apple Tradition. Sie waren schon Trendsetter beim Weglassen von Disketten- und CD-Laufwerken. Die technische Entwicklung hat ihnen recht gegeben. Andere Hersteller werden auch diesmal folgen. Apple sei Dank. Wirtschaft

Tiefe Gräben in der Schweriner AfD

Landtagsfraktion droht wegen rechter Gesinnung von einigen Abgeordneten die Spaltung

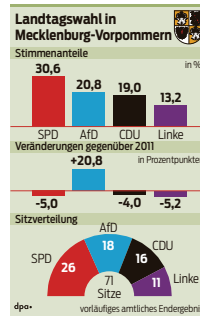
Jeder Fünfte in Mecklenburg-Vorpommern hat der AfD bei der Landtagswahl seine Stimme gegeben. Aber wer zieht da eigentlich als zweitgrößte Fraktion ins Schweriner Schloss? Die politischen Ansichten der Fraktionsmitglieder unterscheiden sich erheblich.



Leif-Erik Holm



Matthias Manthei



Holger Arppe



Ralph Weber Fotos (4): dpa

Der Ex-Radiomoderator Leif-Erik Holm kann seine Redekünste im Schweriner Schloss gut gebrauchen - zum Beispiel in der eigenen Fraktion. Der designierte Vorsitzende muss tiefe inhaltliche Gräben innerhalb seiner 18-köpfigen Truppe überbrücken, die sich schon an diesem Donnerstag als Fraktion konstituieren will. Sonst könnte ein Schicksal wie in Baden-Württemberg drohen, wo die Landtags-AfD nach wenigen Wochen auseinanderbrach.

Verurteilung wegen Volksverhetzung

Was sind das für Leute, die nach dem Wahlerfolg von 20,8 Prozent in den Landtag einziehen? „Die Fraktion ist männlich dominiert und es scheint unterschiedliche Gruppierungen zu geben“, sagt der Politikwissenschaftler Martin Koschkar von der Universi-

tät Rostock. Sie reichen vom bürgerlich-gemäßigten Lager, zu dem Holm und der Greifswalder Amtsrichter Matthias Manthei zählen, bis nach ganz weit rechts, wo Politiker wie der Rostocker Galerist Holger Arppe und der Greifswalder Jura-Professor Ralph Weber verortet werden. Einzige Frau in der Fraktion ist die 70-jährige Christel Weißig aus Rostock.

Manthei beansprucht den zweiten Spitzenposten in der Fraktionsführung nach Holm. Er will Parlamentarischer Geschäftsführer werden, das hat er am Tag nach der Wahl angekündigt. Spannend ist, wer noch in den Fraktionsvorstand kommt. Arppe, der auf Listenplatz drei stand, ist erstinstanzlich wegen Volksverhetzung verur-

teilt. Das Urteil ist nicht rechtskräftig, Arppe ist dagegen vorgegangen. Von der rechten Bewegung „Die Identitären“ distanzierter er sich nicht. Er sprach schon auf einer Veranstaltung des Magazins „Compact“, das ebenfalls zur neuen Rechten gezählt wird, wie Julian Barlen von „Endstation Rechts“ beobachtet hat. Diese Initiative wurde im Landtagswahlkampf 2006 von der SPD-Nachwuchssorganisation Jusos als Reaktion auf eine erstarkende NPD gegründet und hat mit der Satire-Figur „Storch Heinar“ für Aufsehen gesorgt.

Arppe wird der radikalen Gruppierung „Der Flügel“ innerhalb der AfD zugerechnet, ebenso Bert Oberreiner aus Schwerin, der auch am Sonntag in den Landtag einzog.

Oberreiner wurde bei Demonstrationen der rechtsextremen „Deutschland wehrt sich“-Initiative gesehen. Professor Weber geriet in die Schlagzeilen, als er den Sänger einer rechtsextremen Band promovierte. In einem Interview sprach er im Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik von „Umvolkung“.

Holm gibt sich angesichts der unterschiedlichen Lager innerhalb seiner künftigen Fraktion gelassen. „Wir akzeptieren, dass es verschiedene Strömungen gibt“, sagt er. Die AfD habe sich im Nordosten von Anfang an als Volkspartei aufgestellt. „Ich sehe keine Gefahr der Spaltung wie in Baden-Württemberg“, sagt der designierte Fraktionschef.

Streit um eine Kandidatin

Deutlich geworden waren Spannungen bereits bei einem Sonderparteitag der AfD Ende Mai auf Rügen. Damals ging es um die Abwahl der Kandidatin Petra Federau, die dem rechten Parteiflügel zugerechnet wird, von Platz drei der Landesliste, weil sie wichtige Details aus ihrem Leben verschwiegen hatte. Erst nach hitziger Debatte plädierten 84 von 137 stimmberechtigten Mitgliedern für die Abwahl. Holm sah sich genötigt, seine Partei so kurz vor der Wahl zu Geschlossenheit aufzurufen. (dpa)

Stimme der anderen

Wahlergebnis ist nicht bedrohlich

„Sme!“ (Bratislava) zum Erfolg der AfD bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern: Wahrsagerei, wonach die schwere Niederlage der CDU, die hoch symbolisch von der AfD überholt wurde, den Anfang vom Ende Merkels bedeuten, gleichen sich allmählich wieder aus mit der Sicht, dass die Welt noch nicht einstürzt. Allein schon deshalb, weil der massive Zugewinn für die AfD dennoch der CDU-SPD nicht die bequeme Mehrheit in einem der am wenigsten wichtigen deutschen Bundesländer nimmt. (...)

Worte

„Die AfD ist die erste Partei, die die politische Bindewirkung des bürgerlich-konservativen Lagers dauerhaft beschädigen könnte.“

Bayerns CSU-Vorstandsmittglied und Kultusminister Ludwig Spaenle im dpa-Gespräch über die AfD.

Beobachter für die russischen Parlamentswahlen stehen unter Druck

Am 18. September wird über eine neue Zusammensetzung der Duma abgestimmt / Neue Gesetze erschweren die Überprüfung der Stimmenabgabe

Von Mandy Ganske-Zapf
In dieser Schule fing es an. Wladimir Jegorow steht vor dem schlichten Gebäude in Dorogomilowo, einem Viertel im Westen Moskaus. Hier war er erstmals Wahlbeobachter. Bei den letzten Parlamentswahlen in Russland vor fünf Jahren habe sein damaliger Chef den Angestellten diktiert, gemeinsam im Büro per Briefwahl abzustimmen. „Das hat mich einfach empört“, erzählt der 48-Jährige. Diese Schule, das Wahllokal von nebenan, war das Ventil, der Ort, an dem er zum Aktivisten wurde. Er schloss sich dem Aufbruch von „Golos“ an, jener Organisation, die bei den Wahlen 2011

maßgeblich daran beteiligt war. Missstände und Verzerrungen aufzudecken. So wie Jegorow setzten sich damals Tausende für faire Wahlen ein. Kurz zuvor hatte Wladimir Putin seine Rückkehr auf den Präsidentenstuhl angekündigt und Unmut machte sich in Teilen der Bevölkerung breit. Als sich am Wahltag Hinweise auf massive Fälschungen häuften, kippte die Stimmung. Über 100 000 Menschen gingen in den folgenden Wochen landesweit auf die Straßen. Es war der Anstoß für eine Protestbewegung, die das Land seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht gesehen hatte - und die bis weit

in das Jahr 2012 hineinreichen sollte. Grigorij Melkonjanz sitzt im Büro eines Flachbaus mit drei kleinen Räumen, er leitet die Moskauer Zentrale von „Golos“. Die Organisation rekrutiert und schult unabhängige Wahlbeobachter. Die nächsten Wahlen zur Duma stehen am 18. September an, doch Melkonjanz hat Schwierigkeiten, neue Helfer zu finden. „Die Menschen sind müde geworden, apathisch“, stellt er fest. Zwischen 2011 und heute liegen Verhaftungen, Schauprozesse, die Annexion der Krim und der Kriegsausbruch im Donbass. „Die Leute wissen nicht mehr, worauf sie überhaupt noch Ein-



Wladimir Jegorow Foto: Mandy Ganske-Zapf

fluss haben“, sagt Melkonjanz. Zudem hat das Justizministerium „Golos“ als sogenannten „ausländischen Agenten“ gebrandmarkt, begründet mit früheren Zuwendungen aus dem Ausland. Das Stigma bleibt haften.

Noch größere Sorgen macht sich Melkonjanz wegen der neuen, restriktiven Gesetze. Ein Wahlbeobachter darf nicht mehr zwischen verschiedenen Wahllokalen wechseln, sondern muss in einem konkreten Lokal eingesetzt werden. Dafür muss „Golos“ im Vorfeld auch die Personalien übermitteln. „Damit wird unsere Arbeit ernsthaft eingeschränkt“, so Melkonjanz. „Früher hatten wir auch mobile Gruppen“, erklärt er. Die konnten auf Zuruf los, wenn Hinweise auf Verstöße per Hotline oder Social Media gemeldet wurden. Das sei nun unmöglich. Zu befürchten sei auch, dass die Daten der Helfer in die Hände von Arbeit-

gebern gerieten. „So könnte Druck ausgeübt werden.“ Hunderte Verstöße liegen „Golos“ bereits aus dem laufenden Wahlkampf vor. Ganz offen würden viele Verwaltungsdienste zum Beispiel ihre Wunschkandidaten unterstützen, sagt Melkonjanz - sei es mit der Organisation von Veranstaltungen im Wahlkreis oder PR in staatsnahen Medien. Was einst verdeckt betrieben worden sei, verkünde manch Beamter heute gar mit Stolz. Für den Bürgerrechtler ist das eine fast zwangsläufige Entwicklung: „Es wurde über die Jahre nicht gehandelt.“ Die nutznießenden Kandidaten kommen meist von der alles dominierenden

kremeltreuen Partei „Einiges Russland“. Am Wahltag wollen sie mit 5000 Wahlbeobachtern in mehr als 40 Regionen präsent sein, sagt Melkonjanz. Nicht einmal die Hälfte hat „Golos“ bislang bekommen. Der Moskauer Wladimir Jegorow ist wieder dabei. Dutzende Wahlen hat er inzwischen begleitet: lokal, regional, international. Er ist der Koordinator für die Beobachter im westlichen Moskau. Derzeit telefoniert er Kontakte ab, fragt, wer sich erneut engagieren möchte. Halbtags arbeitet er als Wirtschaftsprüfer. Bis zu fünf Stunden am Tag ist er ehrenamtlich im Einsatz.